

Rolf Breitstadt • Uta Müller (Hrsg.)

Herr und Frau „Co“ wollen nicht mehr

Beiträge für eine betriebliche Drogenpolitik

Shaker Verlag
Aachen 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Copyright Shaker Verlag 2011

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-9846-3

ISSN 0945-0890

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Zusammenfassung

Herr und Frau CO wollen nicht mehr

Wir leben in einer gesellschaftlich medialen Situation, in der der Substanzkonsum in weiten Bevölkerungsteilen als eine Begleiterscheinung unserer westlichen Kultur akzeptiert oder verharmlost wird. Die meisten europäischen Gesellschaften tolerieren historisch ein sehr hohes Konsumniveau psychoaktiver Substanzen. Daraus resultiert, dass sich die Übergänge vom noch kontrollierten Gebrauch bis hin zum Suchtkonsum häufig unentdeckt, unspektakulär, schleichend und unbemerkt vollziehen. Dies gilt sowohl für den Betroffenen selbst, als auch für sein Umfeld.

Dabei werden die potenziellen Gefahren, die der Substanzkonsum verursacht, stillschweigend toleriert. In diesem paradoxen Kontext ist es nicht einfach, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gefahren zu lenken, die durch substanzbeeinflusste Mitarbeiter im Rahmen gefahrgeneigter Tätigkeiten entstehen.

Die Gesellschaft hat sich zwar in Bezug auf den Straßenverkehr klar positioniert welches Risiko sie betreffend Alkohol und Drogen zu tragen bereit ist, hingegen fehlen vergleichbare Regelungen für das weite Feld der gefährlichen Arbeitstätigkeiten. Dringend benötigt wird daher Rechts- und Verfahrenssicherheit für alle Beteiligten. Erst dann werden die Arbeitgeber auch in der Lage sein, den Forderungen nach Gewährleistung von Sicherheit am Arbeitsplatz in unserer drogenliberalen Gesellschaft nachzukommen

Betriebliche Drogenpolitik muss sich diesem Spannungsfeld stellen, d.h. es ist notwendig, eine klare Positionierung zu dem Problem substanzbeeinflusster Mitarbeiter, insbesondere bei gefahrgeneigten Tätigkeiten, zu beziehen. Dabei sind alle Akteure gefordert: Personalführung, Vorgesetzte, Mitarbeiter, Betriebsräte und Werksärzte

„Herr und Frau Co wollen nicht mehr“ ist die Aufforderung sich aktiv diesem Thema zu stellen. Ziel muss es dabei sein, eine von Verständnis getragene betriebliche Drogenpolitik zu entwickeln und dabei die Möglichkeiten und Grenzen, die sich im betrieblichen und gesellschaftlichen Kontext ergeben, zu berücksichtigen. Damit kann sie auch eine wesentliche Stütze für das Sicherheitskonzept im Betrieb vor dem Hintergrund unserer drogenliberalen Gesellschaft sein.

Diese Publikation ist eine Materialsammlung von Fachleuten verschiedenster Bereiche und soll Anregung für die notwendigen Diskussionen so wie eigene Positionsbestimmungen bieten.